September 2026

Länderbericht

Auslandsbüro Mexiko

KONRAD ADENAUER STIFTUNG

Mexiko 2026: Unsicherheit im nordamerikanischen Freihandel, neue Chancen mit Europa?

Johannes Hügel, Nikolaus Rischbieter[1]

Mexikos Staatspräsidentin Claudia Sheinbaum verfügt nach knapp zwei Jahren im Amt weiterhin über hohe Zustimmungswerte, während ihre Regierungspartei MORENA die politische Landschaft des Landes dominiert. Die Opposition wirkt blass und unorganisiert. Der unter Sheinbaums Vorgänger López Obrador (AMLO) begonnene Umbau staatlicher Institutionen schreitet voran. Die kritisierte Justizreform sowie geschwächte institutionelle Gegengewichte werfen erhebliche Zweifel an der Entwicklung von Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung in Mexiko auf. Auch die organisierte Kriminalität bleibt trotz erster sicherheitspolitischer Verbesserungen eine zentrale Herausforderung. Gleichzeitig wächst die Unsicherheit über Mexikos wirtschaftliche Zukunft, nachdem die USA als wichtigster Handelspartner des Landes im Juli 2026 eine langfristige Verlängerung des T-MEC[2] verweigerten. Dies wiederum eröffnet im Rahmen der Diversifizierung internationaler Wirtschaftsbeziehungen und des modernisierten Globalabkommen (MGA) zwischen Mexiko und der EU Chancen, die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen auszubauen.

Mexikos wirtschaftliche Lebensader in ungewisser Zukunft

Der seit 2020 geltende T-MEC bildet die Grundlage für den weitgehend zollfreien Handel zwischen Mexiko, den USA und Kanada. Für Mexiko ist das Abkommen von existenzieller Bedeutung. Rund 85 Prozent der Exporte gehen in die USA, mehr als zwölf Millionen Arbeitsplätze hängen von der nordamerikanischen Handelsintegration ab[3]. Umso schwerer wiegt, dass die USA bei der gemeinsamen Überprüfung am 1. Juli 2026 einer Verlängerung des T-MEC um weitere 16 Jahre nicht zustimmten. Das Abkommen bleibt zwar bis 2036 vollständig in Kraft, muss nun jedoch jährlich erneut überprüft werden. Eine Verlängerung kann bei jeder dieser Überprüfungen vereinbart werden, bleibt sie aus, verkürzt sich der garantierte Planungshorizont jedoch Jahr für Jahr[4]. Für langfristige Investitionen schafft dies erhebliche Unsicherheit. Der wirtschaftliche Schaden wird sich daher vor allem in Fabriken und Arbeitsplätzen zeigen, die aufgrund mangelnder Planungssicherheit künftig gar nicht erst entstehen. Mexiko und Kanada hatten sich für eine langfristige Verlängerung ausgesprochen. Washington begründet seine Ablehnung insbesondere mit dem gewachsenen Handelsdefizit, dem Ziel, industrielle Produktion in die USA zurückzuholen, sowie Forderungen nach strengeren Ursprungsregeln und einer stärkeren Abschirmung gegenüber China. Gleichzeitig entspricht die ausbleibende Verlängerung Trumps Verhandlungsstrategie. Die wesentlich größere Abhängigkeit Mexikos und Kanadas vom US-Markt verschafft Washington einen erheblichen Hebel für weitere Zugeständnisse, den die nun jährlich wiederkehrenden Überprüfungen aufrechterhalten. Sheinbaum versucht bislang, eine Eskalation zu vermeiden, und setzt auf kontinuierliche Verhandlungen.

---

[1] Johannes Hügel ist der Leiter des KAS-Auslandsbüros in Mexiko, Nikolaus Rischbieter ist Trainee der KAS in Mexiko

[2] Der T-MEC (Tratado entre México, Estados Unidos y Canadá) oder im Englischen auch USMCA beschreibt das seit 2020 geltende Freihandelsabkommen zwischen Mexiko, den USA und Kanada

[3] Vgl. Mexico | United States Trade Representative

[4] Vgl. The United States Has Opted Not to Extend the USMCA

Im Mittelpunkt der Auseinandersetzung steht zunehmend die künftige Rolle Chinas in den nordamerikanischen Lieferketten. Washington will verhindern, dass chinesische Unternehmen Mexiko als Produktionsstandort und Zugang zum US-Markt nutzen, und drängt unter anderem auf strengere Investitionskontrollen und Ursprungsregeln. Mexiko ist den USA bereits entgegengekommen. Seit Anfang 2026 gelten Zölle von fünf bis 50 Prozent auf Staaten ohne Freihandelsabkommen mit Mexiko, die in der Praxis insbesondere chinesische Importe treffen. Das amerikanische Narrativ, Mexiko diene lediglich als Umschlagplatz für chinesische Waren, greift allerdings zu kurz. Der bloße Weitertransport chinesischer Waren über Mexiko in die USA macht Untersuchungen zufolge nur einen kleinen Teil des Wachstums mexikanischer Exporte in die USA aus. Bedeutender ist die Verwendung chinesischer Vorprodukte in tatsächlich in Mexiko produzierten Waren[5]. Genau hier könnten strengere Ursprungsregeln weitreichende Folgen haben. Betroffen wären damit nicht nur chinesische Unternehmen, sondern grundsätzlich Hersteller in Mexiko, die chinesische Vorprodukte verwenden. Dies ist auch für die mehr als 2.200 in Mexiko aktiven deutschen Unternehmen relevant[6]. Viele haben insbesondere in der Automobilindustrie, im Maschinenbau und in der Elektronik Produktionskapazitäten aufgebaut, um Mexiko als Standort innerhalb nordamerikanischer Lieferketten und als Zugang zum US-Markt zu nutzen. Strengere Ursprungsregeln könnten Unternehmen mit einem hohen Anteil chinesischer oder anderer außernordamerikanischer Vorprodukte zu kostspieligen Anpassungen ihrer Lieferketten zwingen. Gleichzeitig bietet eine stärkere Regionalisierung Chancen. Bereits regional integrierte deutsche Unternehmen könnten gegenüber außernordamerikanischen Wettbewerbern profitieren, während die Verlagerung weiterer Zulieferketten nach Nordamerika zusätzliche Investitionsmöglichkeiten für deutsche Zulieferer und den Maschinenbau schaffen könnte.

Die Weigerung der USA, den T-MEC langfristig zu verlängern, bedeutet dabei nicht zwangsläufig, dass die Trump-Regierung dessen Ende anstrebt. Vielmehr deutet vieles darauf hin, dass Washington die bestehende Unsicherheit als Verhandlungshebel nutzt, um strengere Ursprungsregeln, eine stärkere Regionalisierung der Wertschöpfung und eine Begrenzung des chinesischen Einflusses durchzusetzen. Mexiko muss daher ausloten, wie weit es den amerikanischen Forderungen entgegenkommen kann, ohne seine Attraktivität als Produktionsstandort zu gefährden. Für einen Kompromiss spricht, dass auch die USA erheblich von der Integration profitieren. Schätzungsweise ein Viertel bis ein Drittel des Wertes ihrer Importe aus Mexiko und Kanada besteht aus US-amerikanischer Wertschöpfung. Ein vollständiges Scheitern des T-MEC erscheint deshalb weiterhin weniger wahrscheinlich als eine Neujustierung stärker im Sinne amerikanischer Interessen, insbesondere zugunsten höherer regionaler Wertschöpfung, strengerer Ursprungsregeln und größerer wirtschaftlicher Sicherheit. Für Mexiko bleibt eine langfristige Verlängerung dennoch von höchster Priorität. Der T-MEC ist nicht nur ein Freihandelsabkommen, sondern die wirtschaftliche Lebensader des Landes.

EU und Mexiko: Neue Chancen für Handel und strategische Partnerschaft

Während die Zukunft des T-MEC mit Unsicherheiten verbunden ist, schafft das MGA zwischen Mexiko und der EU eine deutlich verbesserte Grundlage für die wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit. Am 22. Mai 2026 unterzeichneten beide Seiten in Mexiko-Stadt das MGA sowie ein *Interim Trade Agreement (iTA)*. Das Europäische Parlament stimmte beiden Abkommen im Juli zu. Während das umfassende MGA vor seinem Inkrafttreten noch von allen EU-Mitgliedstaaten und Mexiko ratifiziert werden muss, ist das EU-interne Verfahren für das ausschließlich handelspolitische *iTA* bereits abgeschlossen. Dieses kann nach Abschluss des mexikanischen Verfahrens deutlich früher in Kraft treten und soll die neuen Handelsregelungen bereits anwenden, bis es später durch das vollständige MGA ersetzt wird[7].

Die Modernisierung war überfällig. Der Waren- und Dienstleistungshandel zwischen Mexiko und der EU beläuft sich bereits auf mehr als 100 Milliarden Euro jährlich. Die EU ist nach den USA und China Mexikos drittgrößter Handelspartner und nach den USA sein zweitwichtigster Exportmarkt. Für die EU ist Mexiko neben Brasilien der wichtigste Handelspartner in

[5] Vgl. The Code and the Content – Inter-American Dialogue
[6] Vgl- Landesinfo
[7] Vgl. Questions and answers on the EU's Global Agreement with Mexico

Lateinamerika. Das bisherige Abkommen wurde den seit 2000 grundlegend veränderten Wirtschaftsbeziehungen jedoch zunehmend nicht mehr gerecht. Digitaler Handel, moderne Dienstleistungen oder die Bedeutung resilienter Lieferketten spielten damals kaum eine Rolle. Das modernisierte Abkommen schließt viele dieser Lücken und schafft einen zeitgemäßeren Rahmen, um bislang ungenutzte Potenziale zu erschließen. Konkret werden weitere Zölle und nichttarifäre Handelshemmnisse abgebaut, der Zugang zu Dienstleistungsmärkten verbessert und neue Regelungen für digitalen Handel, Investitionen und regulatorische Kooperation geschaffen. Europäische Unternehmen erhalten besseren Zugang zu öffentlichen Ausschreibungen, während ein eigenes Kapitel kleinen und mittleren Unternehmen den Marktzugang erleichtern soll. Hinzu kommen die Zusammenarbeit bei kritischen Rohstoffen sowie verbindliche Regelungen zu Nachhaltigkeit, Arbeitsrechten und Klimaschutz[8]. Das Abkommen beseitigt damit bestehende Hürden und erweitert die Wirtschaftsbeziehungen zugleich auf Bereiche, die für die künftige Wettbewerbsfähigkeit beider Seiten zunehmend relevant sind.

Für die deutsche Wirtschaft ergeben sich daraus besondere Chancen. Deutsche Unternehmen sind bereits stark in der mexikanischen Automobilindustrie, im Maschinenbau, in der Chemie- und Pharmaindustrie sowie der Energie- und Umwelttechnologie vertreten. Das Abkommen erleichtert unter anderem den Handel mit Maschinen, Fahrzeugen und Fahrzeugteilen sowie pharmazeutischen und medizinischen Produkten. Gleichzeitig verbessert es die Rahmenbedingungen für Investitionen in Zukunftsbereichen wie erneuerbaren Energien, sauberer Mobilität, Digitalisierung und kritischen Rohstoffen. Dabei ist Mexiko für deutsche und europäische Unternehmen nicht nur als Absatzmarkt interessant. Seine industrielle Basis, wettbewerbsfähigen Produktionsbedingungen und die Nähe zu den USA machen das Land zu einem wichtigen Produktionsstandort innerhalb nordamerikanischer Wertschöpfungsketten. T-MEC und MGA können sich dabei ergänzen. Europäische Unternehmen können Mexiko als Produktionsstandort nutzen und von dort, unter Einhaltung der voraussichtlich strengeren T-MEC-Ursprungsregeln, den nordamerikanischen Markt bedienen. Die Unsicherheit über die Zukunft des T-MEC bleibt deshalb auch für europäische Investitionsentscheidungen in Mexiko relevant. Gerade diese Unsicherheit erhöht zugleich die strategische Bedeutung des MGA für Mexiko. Europa kann den US-Markt nicht ersetzen, eine stärkere wirtschaftliche Anbindung an die EU kann Mexikos extreme Abhängigkeit jedoch zumindest reduzieren und zusätzliche Absatzmärkte, Investitionen und Technologien erschließen. Umgekehrt bietet Mexiko Europa die Möglichkeit, Lieferketten zu diversifizieren und seine Präsenz in einem der bedeutendsten Industrie- und Schwellenländer der westlichen Hemisphäre auszubauen. Auch bei den ausländischen Direktinvestitionen zeigt sich die Bedeutung Europas für Mexiko. Während etwas weniger als die Hälfte der Investitionen aus den USA stammen, steht die EU mit knapp einem Viertel klar an zweiter Stelle; besonders stark engagieren sich Spanien und Deutschland, die zusammen mehr als sechs Milliarden US-Dollar investieren.

Das Abkommen besitzt darüber hinaus eine politische Dimension. In einer zunehmend von geoökonomischer Konkurrenz zwischen den USA und China geprägten internationalen Ordnung haben Mexiko und Europa ein Interesse daran, ihre Partnerschaften breiter aufzustellen. Parallel zur Unterzeichnung vereinbarten beide Seiten einen regelmäßigen strategischen Dialog auf Ministerebene und bekräftigten ihre Zusammenarbeit bei Multilateralismus, globaler Governance sowie Frieden und Sicherheit. Für Mexiko bietet die EU damit einen zusätzlichen Partner jenseits der dominierenden Beziehung zu den USA, für Europa ist Mexiko zugleich ein wichtiger politischer Partner in Lateinamerika. Mit dem MGA sind damit wesentliche Voraussetzungen für eine Vertiefung der Beziehungen geschaffen. Ob das MGA sein Potenzial tatsächlich entfaltet, hängt nun von seiner zügigen Ratifizierung und seiner praktischen Nutzung ab. Gerade Deutschland verfügt aufgrund seiner bereits starken wirtschaftlichen Präsenz über gute Voraussetzungen, davon zu profitieren. Europa wird die USA als zentralen Wirtschaftspartner Mexikos nicht ersetzen, kann aber als strategischer Diversifizierungspartner erheblich an Bedeutung gewinnen, während sich zugleich für Deutschland neue wirtschaftliche und politische Handlungsspielräume eröffnen.

[8] Vgl. EU and Mexico deepen long-term ties at a historic summit

Zwei Jahre Sheinbaum – politische Stärke und institutionelle Erosion

Am 1. Oktober 2026 ist Claudia Sheinbaum seit zwei Jahren Präsidentin Mexikos. Nach ihrem deutlichen Wahlsieg 2024 ist ihre politische Stellung weiterhin stark. Ihre Zustimmungswerte sind gegenüber dem außergewöhnlich starken Niveau zu Beginn ihrer Amtszeit zwar zurückgegangen, bleiben aber hoch[9]. Die zu Beginn ihrer Amtszeit zentrale Frage, ob Sheinbaum lediglich das politische Projekt ihres Vorgängers AMLO fortführen oder eigene Akzente setzen würde, lässt sich nach knapp zwei Jahren ambivalent beantworten. Ihr Regierungsstil ist pragmatischer und technokratischer; insbesondere in der Außen-, Wirtschafts- und Sicherheitspolitik zeigt sie größere Flexibilität. Auch innerhalb Morenas hat sie ihre Autorität zunehmend gefestigt. Einen politischen Bruch mit AMLO bedeutet dies jedoch nicht. Sheinbaum hält an zentralen Projekten ihres Vorgängers fest und setzt insbesondere dessen institutionellen Umbau des mexikanischen Staates weitgehend fort. Gerade bei Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung fällt die Bilanz deshalb kritisch aus. Die noch unter AMLO beschlossene Justizreform wurde unter Sheinbaum vollständig umgesetzt; seit 2025 werden Richter und Mitglieder des Obersten Gerichtshofs direkt vom Volk gewählt. Zusammen mit der Abschaffung mehrerer autonomer Institutionen hat dies wichtige institutionelle Gegengewichte geschwächt und politische Macht weiter bei der Exekutive und Regierungsmehrheit konzentriert. Die geringe Beteiligung und Kontroversen bei den ersten Richterwahlen haben die Zweifel an der Unabhängigkeit der neuen Justiz zusätzlich verstärkt[10]. Sheinbaums moderaterer Regierungsstil sollte daher nicht darüber hinwegtäuschen, dass sie dem Abbau rechtsstaatlicher Kontrolle bislang nichts Grundsätzliches entgegengesetzt hat. Deutlichere eigene Akzente setzt Sheinbaum in der Sicherheitspolitik. Ihr Sicherheitsminister Omar García Harfuch verfolgt einen stärker auf Nachrichtendienste, Ermittlungsarbeit, Koordination und gezielte Operationen gegen kriminelle Strukturen ausgerichteten Ansatz. Die Zahl der registrierten Tötungsdelikte ist seit Beginn ihrer Amtszeit zurückgegangen. Von einer grundlegenden Verbesserung der Sicherheitslage kann dennoch keine Rede sein. Kriminelle Organisationen bleiben in zahlreichen Regionen mächtig, während die hohe beziehungsweise weiterwachsende Zahl verschwundener Personen ein gravierendes Problem darstellt. Sinkende Tötungsdelikte bilden daher nur einen Teil der mexikanischen Gewaltrealität ab.

Von diesen Problemen profitiert die Opposition bislang kaum. Sie bleibt insgesamt geschwächt und fragmentiert: Während sich die *Partido Revolucionario Institucional (PRI)* seit Jahren in einem strukturellen Niedergang befindet, konnte sich das *Movimiento Ciudadano (MC)* zwar als eigenständige politische Kraft etablieren, stellt bislang aber ebenfalls keine landesweite Alternative zu Morena dar. Die *Partido Acción Nacional* (*PAN)* bleibt damit noch die wichtigste klassische Oppositionskraft und verfügt als einzige Partei über echte Strukturen und eine solide Organisation. Gleichwohl steht sie aber ebenfalls vor erheblichen Herausforderungen. Nach der deutlichen Niederlage 2024 versucht die Parteiführung unter Jorge Romero, der Partei durch eine stärkere Abgrenzung von der *PRI*, offenere Kandidatenauswahl und ein eigenes Programm für 2027 wieder ein klareres Profil zu geben. Bislang ist daraus jedoch keine neue gesellschaftliche Dynamik entstanden. In Umfragen liegt die PAN außerhalb weniger traditioneller Hochburgen deutlich hinter Morena und steht vielmehr vor der Herausforderung, ihren Status als stärkste Oppositionspartei zu behaupten. Wie schwierig die Ausgangslage ist, zeigt der Blick auf die wichtigen Zwischenwahlen am 6. Juni 2027. Neben allen 500 Sitzen der Abgeordnetenkammer werden 17 Gouverneursposten neu gewählt. 13 dieser Bundesstaaten werden derzeit von Morena beziehungsweise seinen Verbündeten regiert, vier von Oppositionsparteien. Nach aktuellen Umfragen könnte Morena seine ohnehin dominante Stellung weiter ausbauen. Während die Regierungskoalition gute Chancen hat, ihre bisherigen Gouverneursposten zu verteidigen, droht die Opposition zwei ihrer vier zur Wahl stehenden Bundesstaaten zu verlieren. Für die PAN würde das bedeuten, dass sie nur noch in drei ihrer aktuell vier Bundesstaaten regieren würde[11]. Für Morena könnte das größere kurzfristige Risiko daher aus den eigenen Reihen kommen. Innerparteiliche Machtkämpfe, vermehrte Skandale um korrupte oder mit dem organisierten Verbrechen in Verbindung stehende Politiker, sowie die zunehmend selbstbewusst

[9] Während die Zustimmungswerte für die Präsidentin zu Beginn ihrer Amtszeit bei 83 Prozent lagen, sind sie nach knapp zwei Jahren mit 64 Prozent weiterhin hoch.
[10] Siehe Länderbericht: c0bf349c-03e4-d2e9-2982-c3b0c66e917b
[11] Vgl. SE Documentos | Riesgos, claves y perspectivas electorales 2027

auftretenden Koalitionspartner erschweren bereits die Kandidatenauswahl für 2027 und könnten in einzelnen Bundesstaaten zu getrennten Kandidaturen führen. Außerdem schaden der Präsidentin zwei prominente Skandale von eng mit ihrem Vorgänger verbundenen Persönlichkeiten. Der durch die USA veranlasste Visa-Entzug für den Politiker Andrés Manuel López Beltrán, Sohn des ehemaligen Präsidenten, und das US-Auslieferungsgesuch für den Gouverneur des Bundesstaates Sinaloa, dem eine Verbindung mit dem organisierten Verbrechen vorgeworfen wird. Bislang gefährden diese Konflikte die grundsätzliche Dominanz Morenas jedoch nicht.

Nach knapp zwei Jahren ist Sheinbaum damit politisch stärker und eigenständiger geworden, ohne sich grundsätzlich vom Projekt ihres Vorgängers zu lösen. Dem Abbau rechtsstaatlicher und institutioneller Gegengewichte hat sie nichts Grundsätzliches entgegengesetzt; sicherheitspolitisch stehen ersten Erfolgen weiterhin mächtige kriminelle Strukturen und eine hohe Zahl verschwundener Personen gegenüber. Gleichzeitig fehlt zu Morena weiterhin eine überzeugende politische Alternative. Die Wahlen 2027 werden zum ersten großen Test ihrer Präsidentschaft. Derzeit deutet jedoch mehr auf eine weitere Verschiebung der politischen Landkarte zugunsten Morenas als auf eine Trendwende hin.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Johannes Hügel
Leiter Auslandsbüro Mexiko
Europäische und Internationale Zusammenarbeit
www.kas.de/mexiko

johannes.huegel@kas.de

Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international”, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: https://creativecommons.org/licenses/ by-sa/4.0/legalcode.de)